



Kommentare

# G9 wird kommen, bitte gestaltet es!

Der Widerstand gegen die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums ist nur noch in homöopathischen Dosen in der Landespolitik erkennbar. Verständlich sind die Proteste der Berufsschullehrer und der Gemeinschaftsschulen. Sie fürchten, durch die Rückkehr zum G-9-Gymnasium einen Teil ihrer „guten“ Schüler zu verlieren, die ihre Schularten aufwerten. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Auch andere Bedenken sind ernst zu nehmen: Woher kommen die zusätzlichen Lehrkräfte und Räumlichkeiten? Und wie sieht ein ausgeklügeltes Konzept aus?

Diese Fragen sind allesamt berechtigt. Dennoch bleibt das zentrale Problem des seit 20 Jahren in Baden-Württemberg geltenden G-8-Gymnasiums, dass im Grunde genommen der Stoff für neun Jahre auf acht gequetscht wird, die Schüler überlastet sind, zu wenig Freizeit haben und zu viel Druck aushalten müssen. Sicherlich bewältigen das viele, aber es geht auf Kosten anderer Freizeitaktivitäten und ist für die Familien schlicht purer Stress.

Es ist in 20 Jahren nicht gelungen, diesen Befund grundlegend zu ändern, es wurde auch nie wirklich versucht. Nun schwappt die Welle des Widerstands über das von der grüngeführten Landesregierung erst eingeführte Instrument des Volksantrages in die Bildungspolitik. Der große Erfolg der G-9-Initiative lässt erahnen, wie eine mögliche Volksabstimmung ausgehen könnte, wenn der

Landtag das Ansinnen ablehnt. Dass die nötigen Unterschriften nicht zustande kommen, darauf sollte niemand wetten. Der Unmut bei den Eltern ist viel zu groß, der Missstand auch zu offensichtlich.

Es gilt nun, diese Situation zu gestalten. Grün-Schwarz wäre gut beraten, einen guten Kompromiss mit den G-9-Anhängern zu schließen. Weitgehende Wahlfreiheit etwa, was zu einer Abstimmung mit den Füssen führen würde. Nimmt man den Ansturm auf die G-9-Gymnasien als Indikator, würden dann noch 20 Prozent der Schüler übrig bleiben, die freiwillig in acht Jahren das Abitur machen. Mithin also eine Umkehrung der Verhältnisse.

Dieses klug zu gestalten, mit modernen pädagogischen Konzepten, die anderen Schularten mit zu bedenken, das wäre das Gebot der Stunde. Setzt man auf Konfrontation, würde die Frage in einem Volksentscheid auf Ja oder Nein reduziert. Und bei der Landtagswahl 2026 würde man die Quittung bekommen. Dieses Szenario will in der Landesregierung niemand. In der Bildungspolitik wurde genug Zeit mit grundsätzlichen Strukturdebatten verschwendet.



Rafael Binkowski

# Berlin bummelt, Kliniken ächzen

Dass Notfallpraxen jetzt schließen müssen, war vermeidbar. Schon im Sommer hatten zwei Ministerien in Berlin mit Verbänden darüber gesprochen, wie es mit dem „Erwerbsstatus von Bereitschaftsärzten“ weiter gehen soll. Parallel gab es eine Bundesratsinitiative, um die Kuh vom Eis zu kriegen. Nun kam das Urteil des Bundessozialgerichts. Bis zum Schluss überlasteten alle Beteiligten auf eine Entwarnung gehofft. Doch dann ging doch alles ganz schnell.

In der vergangenen Woche urteilten die Richter, dass Poolärzte, die Bereitschaftsdienst in der Notfallpraxen erledigen, der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, hat daraufhin ihren Dienst

beendet. Innerhalb kürzester Zeit mussten sechs von 115 Notfallpraxen im Land dichtmachen, weitere ihren Dienst einschränken. Viele Patienten, allen voran im ländlichen Raum, suchen nun Hilfe in den Kliniken, obwohl viele dort eigentlich nicht hingehören.

Der Ärger von Kommunalpolitikern ist verständlich, deren ohnehin überlasteten Kliniken noch mehr ächzen. Sie fordern eine schnelle gesetzliche Regelung aus Berlin. Laut den Kommunalverbänden braucht es nur einen einzigen Satz im Gesetz, damit Poolärzte weiter selbstständig sein können. Den braucht es jetzt – und zwar unverzüglich.

Philipp Rudolf  
Siehe auch Seite 8.

Glosse

# Die Schwaben warn's

Ein schwäbisches Drama in zwei Akten: Das einst in Wirtschaftswunderzeiten schlagmermelodiegewordene Lebensmotto des Schwaben löst sich auf. Vom „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ war schon nur noch, das „Schaffe, schaffe“ übrig, nachdem Inflation und Zinsralley selbst den Mitarbeitern großer Bauer von großen Autos den Traum vom Eigenheim verhaselt haben. Und nun wird auch noch das „Schaffe, schaffe“ zerbrösel. Wirtschaftsforscher, die auch noch in München sitzen, haben herausgefunden, dass die Legende vom deutschen und vor allem dem schwäbischen Fleiß ebenso viel Wahrheitsgehalt hat wie die Geschichte von. In keinem Land der EU und ein paar Nachbarn eingeschlossen wird so wenig gearbeitet wie bei uns.

Doch ganz ehrlich: Wen das erstaunt, der hat einen nicht unwichtigen Teil der Wirtschaftsgeschichte unseres Bundeslandes verdrängt. Denn vor allem die Schwaben – vielleicht auch ein paar Badener – sind schuld daran, dass in Deutschland so wenig gearbeitet wird. Im Südwesten sind nicht nur die Unternehmer erfinderisch, sondern auch die Gewerkschaften. Von hier aus haben Errungenschaften zur Erleichterung des Arbeitslebens, wie die 35-Stunden-Woche oder die Steinkühler-Pause ihren Siegeszug in die Werkshallen der gesamten Bundesrepublik angetreten.

Solche Innovationen sollte sich Schwaben nicht von ein paar Forschern und ihren Geldgebern aus der bayerischen Wirtschaft vermiesen lassen. Wir spielen vor nicht mehr in der ersten Liga, sind aber immer noch so gut wie ein Schüler, der mit 30 Prozent Arbeitsaufwand Dreien schreibt.

Jürgen Schmidt

Stenzel



HINTERM HORIZONT GEHT'S WEITER

Essay

# Bloß kein weiterer Lockdown an der Grenze zur Schweiz

Falls das EU-Abkommen endgültig scheitert, könnte dies gravierende Folgen für Baden-Württemberg haben

Vielleicht muss man das Ganze durch die Brille von Dominic Böhler betrachten. Böhler ist parteiloser Bürgermeister von Jestetten, einer 5000-Einwohner-Gemeinde im Landkreis Waldshut in einmaliger Lage: In drei der vier Himmelsrichtungen stößt sie an die Schweiz an. Nur im Westen gibt es einen schmalen Korridor, der Jestetten über deutsches Gebiet mit dem übrigen Landkreis verbindet.

Böhler hat sich in Vorbereitung unseres Gesprächs bei seinen Einzelhändlern erkundigt, die einen Großteil ihres Umsatzes mit Schweizer Kunden machen. Ergebnis: Bei den Lebensmittelhändlern – Jestetten hat einen Edeka, einen Rewe, einen Aldi und einen Penny – sind die Umsätze wieder auf Vor-Corona-Niveau und dies bei höheren Preisen. Die Modeläden haben dagegen hat den früheren Stand noch nicht erreicht.

Die Schließung der Grenzen im Frühjahr 2020, die Böhler, der seit 2021 Bürgermeister ist, noch als Hauptamtsleiter im benachbarten Lottstetten erlebte, war der große Schock für die Menschen hier. Plötzlich hielt die Schweizer S-Bahn nicht mehr in Jestetten und Lottstetten. Schüler, die das Gymnasium in Singen besuchten, mussten einen zeitraubenden Umweg in Kauf nehmen. Die Menschen dies- und jenseits der

Grenze waren erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder getrennt.

Dann war Corona vorbei, und alles war wie zuvor. Oder beinahe. Denn eine andere Katastrophe lief so geräuschlos ab, dass viele sie nicht mitbekamen. Auch Böhler zuckt bei dem Stichwort mit den Achseln.

Dieses Stichwort heißt Rahmenabkommen. Es sollte die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf neue Füße stellen. Ein Automatismus sollte dafür sorgen, dass alle bisherigen Abkommen stets auf dem neuesten Stand bleiben. Der freie Personen- und Warenverkehr wäre so auf Dauer gesichert worden – allerdings um der Preis, das die Schweiz auf ein Stück Souveränität verzichtet.

Doch am 26. Mai 2021 brach die Schweiz nach sieben Jahren die Verhandlungen ab. Seither herrscht ein Schwebezustand, der nichts Gutes verheißt. Denn jedes der zahlreichen Einzelabkommen hat ein Verfallsdatum. Sobald dieses überschritten ist – das droht zunächst bei Medizinprodukten, Maschinen und Energie – „werden die Auswirkungen in der deutsch-schweizerischen Grenzregion unmittelbar spürbar sein“.

Das formuliert einer, der ebenfalls mit den Achseln zuckt, wenn er auf das Rahmenabkommen angesprochen wird, jedoch aus anderen

Gründen. Andreas Schwab, Christdemokrat aus Rottweil, ist der Schweiz-Experte im EU-Parlament. Auf die Frage, wie er die Chancen beurteilt, dass es in absehbarer Zeit zu einem Rahmenabkommen kommt, über das neuerdings wieder verhandelt wird, antwortet er: „Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.“ Schuld sei primär das politische System der Schweiz: Für die Minister, die in Bern Bundesräte heißen, „gibt es kaum Anreize, mutige Entscheidungen zu treffen“.

Schwab ist mit seiner Einschätzung nicht allein. Viele kluge Köpfe verzweifeln schier daran. Die Süddeutsche Zeitung bringt es so auf den Punkt: „Der Bundesrat schaut auf das Volk und das Volk wieder auf den Bundesrat. Die Verantwortung wird hin- und hergeschoben – und am Ende wagt man: nichts.“

Das Fatale daran ist: Die Menschen, die an der Grenze leben und über sie pendeln – allein 60 000 von Deutschland in die Schweiz –, können so gut wie nichts dagegen tun. Sie müssen hoffen, dass sich die Verantwortlichen in Bern, Brüssel und Berlin berappeln. Auch die Landesregierung in Stuttgart kann kaum mehr als gut Wetter machen. Zumal bei den Parlamentswahlen im Oktober ausge-rechnet jene Partei gestärkt wurde,

die die Schweiz am liebsten aus allem heraushalten würde, was die Welt kompliziert macht: die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei.

Besonders hohe Gewinne verzeichnete die SVP am Hochrhein. Dennoch macht sich Manfred Weber (CDU), Bürgermeister der 5500-Einwohner-Gemeinde Küssaberg, deswegen keine Sorgen. Mit seinen SVP-Amtskollegen von der anderen Rheinseite verstehe er sich bestens. Die kürzlich wiedereingeführten stationären Grenzkontrollen bewegten sich „in vertretbarem Rahmen“. Und auch aus dem Fluglärmstreit ist ein wenig die Luft raus nach Corona. Bleibt noch der Wunsch, in die Endlager-suche der Schweizer besser eingebunden zu werden. Trotzdem: Man lebt im Windschatten der großen Politik offenbar ganz ordentlich.

Es darf nur nicht zum Knall kommen. Die deutsch-schweizerischen Grenzbeziehungen sind so eng und sensibel, dass sie nach Corona keinen weiteren Lockdown vertragen.



Michael Schwarz, Politikredakteur

# Soll deutsche Visa nur Bürgern erteilt werden, deren Staaten abgelehnte Asylbewerber wieder zurücknehmen?

Dies ist einer von 26 Vorschlägen, die CDU-Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz macht, der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise angeboten hat.



Daniel Lede Abal, Grüne

Wer mit einer generellen Blockade von Visa droht, stellt sich selbst ein Bein. Die Aussicht auf Visa-Erleichterungen ist wesentlich bei den internationalen Verhandlungen um Rücknahmeabkommen. Die Voraussetzungen für die Erteilung von Visa wägt der Bund ab. Der Vorstoß von Friedrich Merz geht an der Realität vorbei. Deutschland und die EU haben ein Interesse an engerem internationalen Austausch, gerade auch in Konkurrenz zu China oder Russland.



Andreas Deuschle, CDU

Wesentliches Ziel muss jetzt sein, geeignete Maßnahmen wie Grenzkontrollen und Rückführungsabkommen, zu finden, um die illegale Migration ins Land zu ordnen und zu begrenzen. Die CDU-Fraktion hat sich mit ihren Eckpunkten zur Begrenzung illegaler Migration dazu bereits klar positioniert. Langfristig kann aber der Vorschlag, die Visa-Vergabe einzuschränken, bereits im Vorfeld der Einreise zu einer geordneten Zuwanderung ins Land führen.



Sascha Binder, SPD

Die Bundesinnenministerin hat einen Gesetzentwurf zur Begrenzung der irregulären Migration vorgelegt, der effektive Maßnahmen vorsieht. Der Vorschlag von Friedrich Merz geht an der Sache vorbei, da der Großteil der Geflüchteten gar nicht mit einem Visum einreist. Wer - wie Herr Merz - auf 26 Punkte für einen Forderungskatalog kommen will, greift öfter mal daneben. Viele seiner Vorschläge spielen daher völlig zu Recht keine Rolle in der Debatte.



Hans Dieter Scheerer, FDP

Der Forderung der Unionsfraktion im Bundestag, den sogenannten Visa-Hebel, wie er bereits im EU-Recht vorgesehen ist, stärker zu nutzen, ist zuzustimmen. Wir brauchen eine strengere Kontrolle der Migration. Dazu zählt, die Erfolgsquote von Abschiebungen nicht bleibeberechtigter Migranten zu erhöhen. Dafür müssen wir mit den Herkunftsländern wirksame Vereinbarungen treffen – ein Druckmittel unter anderen kann dafür der Visa-Hebel sein.



Daniel Lindenschmid, AfD

Diese Forderung von Herrn Merz offenbart dessen ganze Ahnungslosigkeit, denn mit Visa anderer europäischer Staaten ist die Einreise nach Deutschland ebenso möglich. Das ist reiner Aktionismus. Viel besser wäre, diesen Staaten keinen Cent Entwicklungshilfe mehr zu zahlen, ein Einreiseverbot für die Führungsschicht dieser Staaten und ihre Familien zu verhängen und deren Vermögen hier zu beschlagnahmen. Alles andere ist Werfen von Wattebällchen.